

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Jugendhilfeausschuss	02.06.2021	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Sachstand Jugendbeteiligung

Betroffene Produktgruppe

11 06 01 Förderung von Kindern/Prävention

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Jugendhilfeausschuss, 07.12.2016, TOP 5
 Jugendhilfeausschuss, 01.02.2017, TOP 4.1, Drucksachen-Nr. 4308/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 05.04.2017, TOP 6, Bericht BJR
 Jugendhilfeausschuss, 07.03.2018, TOP 5, Bericht BJR
 Jugendhilfeausschuss, 11.04.2018, TOP 4.1, Drucksachen-Nr. 6449/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 04.07.2018, TOP 6, Drucksachen-Nr. 6877/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 05.09.2018, TOP 10, Drucksachen-Nr. 7005/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 10.10.2018, TOP 10, Drucksachen-Nr. 7373/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 06.03.2019, TOP 12; Drucksachen-Nr. 8085/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 15.05.2019, TOP 6, Drucksachen-Nr. 8594/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 27.05.2020, TOP 3.2, Drucksachen-Nr. 10976/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 19.08.2020, TOP 5

Sachverhalt:

1. Pilotprojekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“

a. Hintergrund

Seit September 2019 arbeitet Bielefeld als eine der ersten zehn Referenzkommunen im Rahmen des Projektes „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ der beiden Landesjugendämter in Rheinland und Westfalen mit. Verzögert durch die Corona-Krise wurde der Kooperationsvertrages am 18.06.2020 von LWL-Direktor Löb und Oberbürgermeister Clausen unterzeichnet. Zwischenzeitlich wurde dieses Projekt auf über 50 Kommunen und Landkreise ausgedehnt und entwickelt sich somit zu einem großen, landesweiten Netzwerk.

Der Bielefelder Jugendring, das Bildungsbüro und das Jugendamt der Stadt Bielefeld bilden im Rahmen dieses Programms vor Ort ein Projektteam unter Projektträgerschaft des Jugendamtes. In einem „erweiterten Projektteam“ werden zunehmend auch Jugendliche miteinbezogen. Zur stadtinternen Begleitung wurde eine ämter- und dezernatsübergreifende ‚AG Jugendbeteiligung‘ initiiert. Ziel ist es, Jugendbeteiligung ämterübergreifend zu etablieren.

Die Projektskizze als Anlage des Vertrages beschreibt eine konzeptionelle Idee, die sich eng an der Lebenswirklichkeit der jungen Menschen orientiert. Neben der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sollen daher auch Schulen und andere Akteure (wie z.B. Sportvereine) einbezogen

werden, um Beteiligung in möglichst vielen Lebensbereichen der jungen Menschen zu stärken. Insbesondere soll das Projekt aber auch auf eine stärkere Öffnung von Politik und Verwaltung hinwirken. Hier geht es auch um Haltung und Sensibilisierung für dieses Thema und den Mut, neue Formen der Beteiligung zuzulassen und Strukturen zu öffnen. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss als Querschnittsaufgabe weiter gestärkt und strukturell verankert werden.

b. Auswirkungen der Corona-Situation

Die anhaltende Corona-Situation erschwert die Entwicklung und Umsetzung von partizipativen Ideen erheblich. Die Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen ist deutlich erschwert. Auch Beteiligungsprojekte aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit heraus lassen sich oft nur schwer realisieren. Kinder und Jugendliche sind fast ausschließlich auf ihre Rolle als Schülerinnen und Schüler reduziert. Ihr Leben spielt sich vornehmlich im Privaten zu Hause ab. Die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen sind stark reglementiert und lassen auch der Jugendarbeit wenig Gestaltungsmöglichkeiten, um gemeinsam lebendige Prozesse und Projekte zu initiieren und somit junge Menschen für eine Veränderung ihrer Lebensumwelt zu motivieren.

Daher wird nach der Corona-Pandemie eine große Aufgabe darin bestehen, Kinder und Jugendliche bei Rückgewinnung ihrer (Frei-) Räume zu unterstützen und sie aktiv zur Mitgestaltung ihrer Lebenswelt zu ermutigen. Die Mitarbeiter*innen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen hierbei mit Workshops und Fortbildungen begleitet werden.

c. Zusammenarbeit mit der BSV und anderen Jugendgruppen

Weiter positiv entwickelt sich die Zusammenarbeit mit der Bezirksschüler*innenvertretung Bielefeld (BSV). Neben anderen Gruppen von jungen Menschen ist die BSV eng in alle Überlegungen und Planungen zum Thema Jugendbeteiligung einbezogen. So hat der Bielefelder Jugendring gemeinsam mit der Bezirksschüler*innenvertretung ein Konzept für ein Planspiel an Bielefelder Schulen entwickelt. Für das Schuljahr 2021/22 sind zunächst modellhaft die 8. Jahrgänge an der Realschule Jöllenbeck und der Gesamtschule Schildesche angedacht. Ein Konzept für die erste Phase wurde bereits am 19.08.2020 vom Jugendhilfeausschuss beschlossen (TOP 5). Der Start der Umsetzung ist von der weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie abhängig.

Im Herbst dieses Jahres soll zum 3. Mal der „Tag der Demokratie“ – ebenfalls initiiert von der BSV und anderen Jugendgruppen – stattfinden. Ursprünglich geplant war diesmal eine etwas größere Veranstaltung auch mit kulturellen Programmpunkten. Welche Form tatsächlich möglich sein wird, hängt von der Entwicklung der Corona-Pandemie ab. Den jungen Mensch ist es wichtig, das Format zu verstetigen und Stück für Stück als „Jugendtag“ auszubauen.

2. Initiative zur Einrichtung eines Jugendparlaments

Bislang ist keine neue Entwicklung bezüglich der Einrichtung eines „Landesjugendparlamentes“ in Nordrhein-Westfalen bekannt.

Unabhängig davon hat sich im Laufe des letzten Jahres eine Diskussion um ein Kinder- und Jugendparlament in Bielefeld entwickelt. Die BSV hatte bereits im Sommer 2020 in einer Überarbeitung ihres Jugendbeteiligungskonzeptes (Weiterschreibung des Papiers von 2016) ihre eigene Positionierung verändert und bezieht nun eine grundsätzlich positive Haltung zu einem Jugendparlament in Bielefeld. Wichtig ist ihr die Einbeziehung der Schüler*innenvertretung, aber auch anderer Gruppen von jungen Menschen von Beginn an.

Zu Beginn des Jahres 2021 hat sich eine Initiative von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gebildet, die seither aktiv die Gründung eines Kinder- und Jugendparlamentes in Bielefeld vorantreiben möchte. Bisher fanden drei öffentliche Onlineforen sowie Austauschgespräche mit Bielefelder Fachpolitiker*innen statt.

Aktuell entwickelt die Gruppe ein Positionspapier, das nach ihrem Willen möglichst schnell in die Politik eingebracht werden soll.

Darin geht es den jungen Menschen um ein zusätzliches, jugendgerechtes Format der Beteiligung mit dem Ziel, die Themen von Kindern und Jugendlichen besser als bisher zu transportieren und gleichzeitig eine höhere Verbindlichkeit in Politik und Verwaltung zu erreichen. In den Diskussionen innerhalb der Foren spielte eine große Rolle, dass Bedingungen für dieses neue Format geschaffen werden sollen, die möglichst vielen Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Gruppen die Beteiligung ermöglichen. Die Arbeit in kleineren Projekten und Initiativen in den Stadtteilen soll dadurch nicht ersetzt werden, sondern mit dem Kinder- und Jugendparlament ein zusätzliches Instrument erhalten, um Gehör in Politik und Verwaltung zu erlangen. Wichtig ist den jungen Menschen, dass dieses neue Format unter eigener Regie und nach den Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen stattfinden kann und nicht gezwungen wird, Regularien der Erwachsenen zu kopieren. Gleichwohl soll das neue Gremium strukturell so verankert werden, dass dessen Beschlüsse und Forderungen eine hohe Verbindlichkeit erhalten und die politischen Gremien sich mit ihnen befassen müssen.

3. Einführungsveranstaltung „Politische Gremienarbeit der Stadt Bielefeld“

In der Überlegung war und ist auch die Durchführung einer oder mehrerer Einführungsveranstaltungen „Politische Gremienarbeit der Stadt Bielefeld“. Das Thema ist vom Schuldezernat aufgegriffen worden. Zwischenzeitlich hat es auch Zusammenkünfte von Schulklassen und politischen Gremien gegeben.

Aus Sicht der Verwaltung ist es sachgerecht, zunächst die Vorschläge der Kinder und Jugendlichen (siehe Ziff. 2.) abzuwarten. Ihnen ist die Entwicklung ein neues Format unter eigener Regie und nach den Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen wichtig. Die Durchführung einer oder mehrerer Einführungsveranstaltungen „Politische Gremienarbeit der Stadt Bielefeld“ sollte nur dann erfolgen, wenn das dem selbsterklärten Interesse der Kinder und Jugendlichen entspricht.

Erster Beigeordneter

Ingo Nürnberger

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.